

Inhaltsverzeichnis

1. CETA
2. José Manuel Barroso
3. Seitenwechsler auf EU-Ebene
4. Businessseurope
5. European Services Forum

CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (CETA, dt. Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) ist das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada.

Es wurde am 30.10.2016 unterzeichnet. Das Abkommen soll in Kraft treten, nachdem **EU-Parlament** und der **Rat der Europäischen Union**, sowie das kanadische Parlament und die kanadischen Provinzen zugestimmt haben.

Die Befürworter des Abkommens erwarten ein Wirtschaftswachstum auf beiden Seiten; dafür soll der Marktzugang beiderseits erleichtert und Handelsbarrieren in vielen Bereichen abgebaut werden. Kritiker bezweifeln, dass dieser erhoffte Nutzen in der versprochenen Größenordnung eintritt und dieser sich gerecht verteilt: Sie sehen in erster Linie multinationale Unternehmen als Gewinner. CETA gilt als Blaupause für das **Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU** (TTIP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kerninhalte	2
2 Chronologie der CETA-Verhandlungen	3
2.1 Die anstehende Ratifizierung	3
2.2 Chronologie der Verhandlungen und des Ratifizierungsprozesses	3
2.3 Akteure	7
3 Kritik an CETA	7
3.1 Allgemein	8
3.2 Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung	8
3.3 Auswirkungen auf den Umweltschutz	9
3.4 Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen	9
3.5 Intransparente Verhandlungen	9
3.6 Lobbyeinflüsse	9
3.7 Klagerechte für Unternehmen (ISDS)	10
4 Studien	11
4.1 Pro CETA	11
4.2 Contra CETA	11
5 Weitere Informationen	13
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
7 Einzelnachweise	13

Kerninhalte

Das Freihandelsabkommen sieht vor, dass ein sehr großer Teil der Zölle und weiteren sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse zwischen Kanada und der EU abgebaut werden. Als nichttarifäre Handelshemmnisse gelten unter anderem Verbraucherschutzregelungen, technische Standards oder mengenmäßige Importbeschränkungen (sogenannte Importquoten), die ausländischen Produzenten den Marktzugang erschweren. Fallbeispiele können Produkte mit bestimmten Chemikalien oder gentechnisch

veränderte Nahrungsmittel sein. Das Abkommen beinhaltet dabei eine vertiefte Kooperation bei Regulierungen und einen Investitionsschutz für Unternehmen. Als Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen sollen außerstaatliche Schiedsgerichte eingerichtet werden. Damit werden Unternehmen einseitig Klagerechte eingeräumt.^[1] Sie können so einen Staat auf Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn dieser Gesetze verabschiedet die das Unternehmen benachteiligen.

Chronologie der CETA-Verhandlungen

Die anstehende Ratifizierung

Nachdem das Europäische Parlament CETA im Februar zugestimmt hat, wird das Abkommen im nächsten Schritt von den einzelnen Mitgliedsstaaten ratifiziert. Anfang Juni 2017 hatte neben Handelspartner Kanada lediglich Lettland die Ratifizierung abgeschlossen. Einige andere Staaten, darunter Finnland, Dänemark und Litauen, haben bereits angekündigt, schnellstmöglich zu folgen.^[2]

Chronologie der Verhandlungen und des Ratifizierungsprozesses

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
17. Mai 2017	Ratifizierung von CETA durch Kanada	^[3]
	CETA soll spätestens einen Monat nach Ratifizierung, also Anfang Juli, vorläufig angewandt werden. Ein genaues Datum wurde aber bisher nicht bekanntgegeben. Auch Handelskommissarin Malmström hat den Termin für die vorläufige Anwendung noch nicht bestätigt.	^[4]
	EuGH	
16. Mai 2017	beschließt Veto-Recht für Mitgliedsstaaten	^[5]
	Durch das gefällte Urteil im Fall des EU-Singapur Freihandelsabkommens muss die EU auch bei Handelsabkommen wie CETA die jeweiligen nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten mitentscheiden lassen. CETA-Gegner fühlen sich durch das Urteil bestätigt.	^[5]
11. Mai 2017	EuG rehabilitiert Bürgerinitiative	^[7]
	Im Mai 2017 erklärt der kanadische Handelsminister in einem Schreiben an den EU-Abgeordneten Fabio de Masi, dass Kanada bereit ist, durchsetzbare Arbeitsvorschriften zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte in CETA aufzunehmen, die die EU-Kommission bremse dies aber. Die bereits 2014 gegründete Initiative „Stop TTIP“ mit den Zielen, die TTIP Verhandlungen abubrechen und CETA nicht zu ratifizieren, wurde von der Kommission nicht zugelassen. Das Gericht der europäischen Union (EuG) widersprach dieser Entscheidung mit seinem Urteil, da die Initiative eine "legitime demokratische Debatte" ausgelöst hätte. Insgesamt sammelte das Bündnis über 3,2 Millionen Unterschriften.	^[6]
15. Feb	Europäisch Das EU-Parlament stimmt dem Handelsabkommen zu.	

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
2017 Juli	es Abstimmung wird die vorläufige Anwendung von CETA erlaubt. Von der vorläufigen Anwendung sind Teilbereiche, wie Schiedsgerichtsbarkeit, ausgenommen. Im Folgenden müssen die EU-Mitgliedsstaaten das Abkommen ratifizieren.	[8]
2017 Januar	Parlament stimmt CETA zu Handelsausschuss 25 Abgeordnete stimmten im Handelsausschuss des EU-Parlaments für das Handelsabkommen mit Kanada, 15 dagegen. Das Abkommen kann nun zur Abstimmung ins Plenum des Parlaments.	[9]
2016 November	Widerstand gegen Schiedsgerichte Eine Gruppe von 89 Abgeordneten legt dem EU-Parlament einen Antrag zu einer Resolution vor, die die in CETA enthaltenen Schiedsgerichte dem Europäischen Gerichtshof zur Überprüfung vorlegen soll, das Parlament lehnt ab.	[10]
2016 Oktober	Unterzeichnung von CETA durch EU und Kanada Inklusive Zusatzerklärungen und Garantien, sowie der Aufforderung an den EuGH, ein Gutachten zu den umstrittenen Regelungen zur Streitbeilegung zwischen Unternehmen und Staaten zu erstellen.	[11]
2016 Oktober	Widerstand Belgiens Die Bedenken einiger Regionalparlamente, etwa von Wallonien, werden einen Tag später ausgeräumt, der Europäische Rat unterzeichnet das Abkommen.	[12]
2016 Oktober	Zustimmung des Bundeskabinetts Zuvor hatte Gabriel die Bedingungen des Bundesverfassungsgerichts im Ministerrat der EU durchgesetzt.	[15]
2016 Oktober		[16]

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
13. Okt ober 2016	Eilverfahren des Bundesverfassungsgerichts Unter Auflagen darf die Bundesregierung CETA im europäischen Ministerrat zustimmen – dagegen hatten am 31. August 2016 mehrere Initiativen Verfassungsklagen eingereicht. Das Gericht verlangt die Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Abkommen, sollte der Verfassungsbeschwerde in der Hauptverhandlung stattgegeben werden, sowie eine Beschränkung der vorläufigen Anwendung von CETA.	[1 7] [1 8] [1 9]
22. Sep tember 2016	Bundestag stimmt für das Weiterverfolgen von CETA Zustimmung: 71% mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU; Ablehnung: 20% durch Die Grünen und Die Linke	[2 0]
19. Sep tember 2016	Parteikonvention SPD: Gabriel hatte die Befragung der Basis zur Bedingung für CETA gemacht.	[2 1] [2 2]
05. Juli 2016	EU-Kommission Die Texte umfassen die Unterzeichnung, den Abschluss und die vorläufige Anwendung des Abkommens sowie die Empfehlung an den Rat, CETA als gemischtes Abkommen abzuschließen. Damit müssen auch die nationalen Parlamente das gemischte Abkommen ratifizieren.	[2 3]
29. Feb ruar 2016	Veröffentlichung des fertigen Vertragstextes	[2 4]
2012 - 2016	Rechtsförmliche Überprüfung und Übersetzung	[2 5]
26. Sep tember	EU-Kanada-Gipfel in Ottawa: Vorstellung des	

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
2014	Abkommen EU und Kanada verkünden Freihandelspakt und das Ende der Verhandlungen. Inkrafttreten soll CETA demnach 2016.	[2 6]
22.		[2 7]
Sep tem ber 2014	Gutachten Die von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten machen deutlich, dass CETA gemischtes Abkommen ist. Dies unterstützt die Position Gabriels, und der Bundesregier widerspricht dem Wunsch der EU-Kommission, auf einen Ratifizierungsprozess zu verzichten.	[2 8] [2 9]
1. Aug ust 2014	Abschluss der technische Verhandlungen Die Bundesregierung erhält die Dokumente des Abkommens (ca. 1520 Seiten). Die <i>Tagesschau</i> veröffentlicht die Texte des Abkommens wenige Tage später.	[3 0] [3 1]
Okt obe r 2013	Einigung über CETA Verkündung durch EU-Kommissionspräsident Barroso und den kanadischen Premierminister Harper .	[3 2]
Juli 2012	Parallelen zwischen CETA und ACTA Teile des gescheiterten ACTA-Abkommens wurden in eine frühe Version des CETA-Vertragstextes übernommen. Die EU-Kommission weist daraufhin, dass die übernommenen Passagen inzwischen gestrichen wurden.	[3 3]
Okt obe r 2011	Ende der Verhandlungen Neun formale Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen und eine Übereinkunft in allen Sektoren erzielt.	[3 4]
Sep tem ber 2011	Investitionsschutz Durch den Vertrag von Lissabon ist nun auch der Investitionsschutz Teil der Verhandlungen.	[3 5]
Okt obe r 2009	1. Verhandlungsrunde Ottawa (Kanada)	[3 6]

Mo nat / Jah r	Inhalt	Q u e ll e
Juni 200 9	Aufnahme der CETA- Verhandlun gen	[3 7]
Mär z 200 9	Report der EU und Kanada	[3 8]
200 8	Studie zu Folgen von CETA	[3 9]
	Vorgeschicht e	[4 0]

Akteure

Auf Seiten der Europäischen Union verhandelte die **EU-Kommission**. Die Verhandlungsführer für die EU waren:

- **Cecilia Malmström**, EU-Handelskommissarin.^[41] (der vorherige Kommissar **Karel De Gucht** vollzog 2015 einen **Seitenwechsel** in die Privatwirtschaft, was die Vermutung eines zum Zeitpunkt der Verhandlungen bestehenden Interessenkonflikts nahelegt.^[42])
- **Philipp Dupuis**, Stellv. Hauptverhandlungsführer
- **Mauro Petriccione**, Verhandlungsführer des Generaldirektorats Handel

Verhandlungspartner auf der kanadischen Seite war die Regierung, vertreten von Premierminister **Stephen Harper** bzw. seit 2015 **Justin Trudeau**. Verhandlungsführer für Kanada waren:

- **Ed Fast**, Minister für Internationalen Handel
- **Steve Verheul**, Hauptverhandlungsführer
- **Ana Renart**, stell. Hauptverhandlungsführerin

Die 21 Verhandlungsgruppen bestanden aus den Mitarbeitern der EU-Kommission, in erster Linie vertreten vom Generaldirektorat Handel, und dem Department of Foreign Affairs, Trade and Development Canada (DFATD).

40 Unterhändler stellte die EU, 60 kamen aus Kanada.^[43]

Kritik an CETA

Das Abkommen wird von einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren von verschiedenen Standpunkten aus kritisiert.

Allgemein

Ein Bündnis aus europäischen und kanadischen NGOs haben in einer gemeinsamen Stellungnahme das Freihandelsabkommen kritisiert, weil dieses die Privatisierung des öffentlichen Sektors vorantreiben und Regulierungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen und Umweltschutz schwächen und verhindern würde. Darüber hinaus unterhöhle CETA die demokratischen Rechte von Staaten und besonders die ihrer Bürger. Es wurde die Geheimhaltung der Verhandlungen gegenüber der Öffentlichkeit kritisiert und der bevorrechtigte Zugang zu Informationen für Unternehmen. Während der Verhandlungen hatte die Öffentlichkeit keinerlei Informationen über Inhalt und Stand der Verhandlungen.^[44]

Eine zweite Stellungnahme wurde am 25. November 2013 veröffentlicht. Diesmal beteiligten sich auch amerikanische NGOs an dem Aufruf.^[45] Kanadische Kritiker weisen auch darauf hin, dass die Entwicklung nach Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada und USA als warnendes Beispiel angesehen werden kann. Ihrer Meinung nach sind die Vorteile wie Handelszuwächse nicht eingetreten. Denn beim Freihandel gebe es nicht nur Gewinne, sondern auch Verluste. Der Harvard Ökonom Dani Rodrik hat ausgerechnet, dass die Gewinne von einem Freihandelsabkommen für die USA gering seien. Für 51 Dollar Gewinn gebe es 50 Dollar Verlust aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten. Ebenso ließe sich nicht bestätigen, dass diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schnell wieder einen neuen finden. Eher seien Freihandelsabkommen so ausgelegt, Regulierungen und politische Rahmenbedingungen so zu verändern, dass multinationale Konzerne die eigentlichen Gewinner seien. Das gelte besonders vor dem Hintergrund, dass Investoren- sowie Unternehmensrechte ausgebaut und somit gegenüber demokratisch gewählten Regierungen stärker würden.^[46]

Ein anderer Kritikpunkt bezieht sich auf Risiken im Bereich der Dienstleistungsliberalisierung. Demnach dürfte die *kommunale Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge* nicht durch einen Freihandel gefährdet werden. In einem Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden explizit Bereiche wie der ÖPNV, soziale Dienstleistungen oder die Wasserversorgung genannt, die nicht von einer Liberalisierung betroffen sein dürften. Die Kommission hat den Vorschlag unterbreitet, eine Negativliste aufzustellen, derzufolge gewisse Bereiche ausdrücklich von einer Liberalisierung ausgeschlossen wären. Kritiker bemängeln die fehlende Flexibilität eines solchen Ansatzes, da diese Liste zukünftig nicht mehr erweiterbar sei. Auch könne man dann die Liberalisierung von Marktsektoren nur schwer rückgängig machen. Im Gegenzug wird eine Positivliste verlangt, in der explizit die Bereiche vermerkt werden sollen, für die ein Marktzugang ermöglicht werden soll.^[47]

Das kanadische Trade Justice Network betont, dass es im Handel zwischen der EU und Kanada bereits jetzt nur wenige Barrieren für den Marktzugang gebe.^[48]

Auswirkungen auf Finanzmarkt-Regulierung

Das **Trade Justice Network** befürchtet, dass durch das Abkommen Regulierungen von Finanzdienstleistungen grundsätzlich in Frage gestellt werden. So könnten diese einer Prüfung auf ihre "Notwendigkeit" unterzogen werden. Sollte diese negativ ausfallen, wären sie von den Regierungen abzuschaffen. Bei der Welthandelsorganisation WTO gibt es eine vergleichbare Regelung: Dort legen die eingesetzten Gremien die Auswirkungen meist gegen die Regulierung aus.^[49]

Auswirkungen auf den Umweltschutz

Die Naturschutzorganisation **WWF** hat den Vertragstext von der Universität Kassel untersuchen lassen und spricht von einem „umweltpolitischen Alptraum“. Dem Gutachten zufolge lähme CETA die Umweltpolitik der EU immer dort, wo Negativeffekte auf Handel, Investitionen und die Gewinnerwartungen von einzelnen Unternehmen eintreten könnten. Der WWF kritisiert besonders, dass die Staaten damit ihre Souveränität aufgäben, weitere Verbesserungen in der Umweltpolitik zu beschließen. Denn sie müssten die Notwendigkeit von Maßnahmen wie Ökosteuern oder dem Verbot von Chemikalien und Schadstoffen begründen. Komme es zum Streit, bliebe es privaten Schiedsgerichten im Rahmen von ISDS-Verfahren (Investor-State-Dispute-Settlement) vorbehalten, über die Maßnahmen zu entscheiden. Sie können an der ordentlichen Gerichtsbarkeit vorbei Unternehmen Schadensersatz auf Kosten der Steuerzahler zuerkennen.^[50]

Auswirkungen auf die Rücknahme von Privatisierungen

Laut der ehemaligen Bundesjustizministerin **Herta Däubler-Gmelin** legen die Formulierungen nahe, dass die Rücknahme gescheiterter Privatisierungen deutlich erschwert würden. Zudem gebe es in dem Bereich keine Positiv-Liste, die beschreibt, wo die CETA-Regulierungen gelten würden. Stattdessen gibt es eine Negativ-Liste, in der die Bereiche aufgelistet sind, die nicht von den Regulierungen betroffen sind. Sämtliche Neuentwicklungen würden dann automatisch unter die privatisierungsfreundliche CETA-Regel fallen.^[51]

Intransparente Verhandlungen

Bei den Verhandlungen zu einem so umfassenden Abkommen werden unterschiedliche InteressensvertreterInnen angehört. KritikerInnen bemängeln, dass die meisten der Gespräche nur mit Vertretern von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden geführt wurden. Zivilgesellschaftliche Akteure wurden demnach selten angehört. Erschwerend kam hinzu, dass die Treffen zwischen den Unterhändlern und Lobbyisten im Geheimen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden.^[52]

Laut der kanadischen Regierung wurden im Verlauf der Verhandlungen regelmäßig „key stakeholders (Canadian industry, workers and small businesses)“ konsultiert. Ebenfalls gab es direkt im Anschluss an die Verhandlungsrunden kontinuierlich Telefonkonferenzen zwischen dem Hauptverhandlungsführer Verheul und Interessenvertretern. Es ist nicht bekannt, mit wem über was gesprochen wurde. Die kanadische Regierung hebt dessen ungeachtet das besondere Maß an Transparenz gerade bei diesen Verhandlungen hervor. So stellt die kanadische Regierung einen groben Überblick über den Verhandlungsverlauf zur Verfügung und darüber hinaus noch eine 26-seitige Zusammenfassung über die erzielten Vereinbarungen. Doch auch hier fehlt es an Informationen über die einzelnen Verhandlungsrunden und die Namen der Lobbyisten, die angehört wurden.^[53]

Lobbyeinflüsse

Auf beiden Seiten haben vor allem Unternehmenslobbyisten einen einfachen Zugang zu den Verhandlungen. Es gibt mehrere Unternehmerverbände, die aktiv zu einer Unterzeichnung des Abkommens aufrufen und gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen. So sprach sich der Präsident von **BusinessEurope**, Jürgen R. Thumann, bei einer Veranstaltung der **kanadischen Handelskammer** für eine ambitionierte Kooperation bei Regulierungsfragen aus. Nach Auffassung von Thumann sind die kanadischen und europäischen

Verhandlungsführer auf unternehmerischen Input angewiesen, weshalb die beiden Lobbygruppen ihre Regierungen bei den komplexen Verhandlungen unterstützen müssten. Ein weiterer Akteur ist das [European Services Forum](#) (ESF). Das ESF fordert unter anderem die Privatisierung der kanadischen Post sowie eine Schwächung der Finanzmarktregulierung in Kanada über das Abkommen. Ein ebenso lautstarker CETA-Unterstützer ist der [Canada-EU Roundtable for Business](#), der sich beispielsweise für die Abschaffung von Handelsbarrieren im Bereich von genmodifizierten Lebensmitteln einsetzt.^[54]

Weitere Akteure, die eine CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit betreiben:

- Das Projekt [EU-Canada Partnership](#) zielt auf eine Kooperation zwischen lokaler Wirtschaft und CETA-Verhandlern ab, dabei liegt ein Fokus auf dem Aspekt der regulatorischen Kooperation. Die Initiatoren kritisieren das „vociferous lobbying by a few anti-CETA groups“ und wollen dem durch eine „media campaign in partnership with Postmedia Network“ entgegenwirken. Dabei sollen „success stories“ im Mittelpunkt stehen.^[55]
- Die Kanzlei [Dentons Canada LLP](#) betreibt eine deutlich CETA-freundliche Öffentlichkeitsarbeit. Sie veranstaltet regelmäßig Seminare, die die vermeintlichen Chancen und Gewinne des Abkommens für die lokale Wirtschaft herausstellen.^[56] V. Peter Harder (Senior Policy Advisor bei Dentons) veröffentlichte zudem diverse Artikel, in denen er eine CETA-freundliche Position einnimmt und die Notwendigkeit eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada betont.^{[57][58]}
- Die Kanzlei [Miller Thomson LLP](#) organisiert Veranstaltungen über Themen wie die europäisch-kanadischen Wirtschaftsbeziehungen und CETA.^{[59][60]} Außerdem ist die Kanzlei ein offizieller Sponsor der [EU-Canada Partnership](#).^[61]
- Auch die Kanzlei [Blakes](#) ist ein offizieller Sponsor der [EU-Canada Partnership](#).^[62] Außerdem bietet die Kanzlei ihre Expertise zu rechtlichen Umsetzungsfragen bezüglich CETA an und begrüßt im allgemeinen das Abkommen mit der EU.^[63]

Klagerechte für Unternehmen (ISDS)

Wie aus dem CETA-Dokument hervorgeht, beinhaltet das Abkommen ein Kapitel zum Investitionsschutz, das unter anderem Konzernklagerechte für Unternehmen umfasst, den sogenannten Investor State Dispute Settlement (ISDS). Es bietet Unternehmen die Möglichkeit, gegen Regulationen und Gesetze vorzugehen und dabei die demokratisch legitimierte Rechtssetzung zu umgehen. Kritiker sprechen hier von einer Art Auslagerung der Justiz an private Gerichte und sehen Grundrechtsentscheidungen nationaler und europäischer Gerichtshöfe in Gefahr.^[51] Der Investitionsschutz für Unternehmen beinhaltet folgende Maßnahmen: Schutz vor Diskriminierung sowie Entschädigung vor direkter (z.B. Verlust von Besitztümern) und indirekter (z.B. Regelungen, Gesetze) Enteignung. Hierbei besteht die Gefahr, dass eine Androhung eines solchen Verfahrens ausreicht, um Gesetze zu verhindern.^[64]

Die Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zeigen zudem, dass ISDS oftmals von Unternehmen missbraucht wird. Derzeit sieht sich Kanada einer Reihe von Klagen ausgesetzt.

Der Staat ist nicht klageberechtigt und kann bei dieser Form der Privatjustiz nur Geld verlieren.^[65]

Hinsichtlich des transatlantischen Freihandelsabkommens [TTIP](#) hat die EU-Kommission - aufgrund des großen Drucks von Bürgerrechtsbewegungen - die Verhandlungen über ISDS vorerst ausgesetzt. Dessen ungeachtet sind sie im Entwurf des CETA-Textes enthalten. Es kann vermutet werden, dass sich amerikanische Firmen über die „Hintertür“ des CETA entsprechende Rechte in Europa sichern. Der Clou dabei ist, dass die Klagerechte auch für US-Firmen gelten, die einen Ableger in Kanada unterhalten - es ist sogar denkbar, dass

sie nur zu diesem Zweck eine Zweigniederlassung gründen. Dadurch wäre durch CETA unerheblich, ob die Kritiker am TTIP-Abkommen die Aufnahme der Investorenschutz-Regelungen verhindern könnten.^[66] Auch in einer Debatte im Europäischen Parlament im September 2014 standen diese Regulierungen im Zentrum der Kritik der Abgeordneten.^[67] Im März 2016 wurde bekannt, dass sich die beide Seiten grundsätzlich auf die Einrichtung eines Investitionsgerichtshof (Investment Court System, kurz ICS) verständigt haben.^[68] Kritiker sehen in den geplanten Änderungen ein 'groß angelegtes Täuschungsmanöver'^[69] und sehen dadurch keine Änderung der grundsätzlichen Kritik am ISDS-Verfahren.^[70] Im Juli 2016 veröffentlichte die Internetseite correctiv.org Dokumente, denen zu Folge die deutsche Regierung im Laufe befürchtete, dass in dem Fall von Staatspleiten bzw. Schuldenschnitten mit ISDS eine Haftung der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten eintreten könnten. Per ISDS könnten Finanzinvestoren Verluste aus solchen staatliche Maßnahmen mit Steuergeld ausgleichen. Die zu dieser Frage in den fertigen CETA-Vertrag aufgenommen Formulierungen wurden von Experten als nicht ausreichend beurteilt.^[71]

Studien

Pro CETA

Mo nat/ Studie Jahr	Auftraggeber	Erstellt von	Quelle
06 /201 1	A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) between the EU and Canada	EU-Kommission	Colin Kirkpatrick et al. ^[72]
02 /201 1	The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions	Canadian Generic Pharmaceutical Association (CGPA)	Paul Grootendorst und Aidan Hollis ^[73]
10 /200 8	Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership	EU-Kommission und Regierung Kanadas	^[74]

Contra CETA

M on at / Studie Ja hr 09 /2 01	Auftrag geber	Erstellt von	Quelle
--	------------------	--------------	--------

**M
on
at
/
Ja
hr**

Studie	Auftrag geber	Erstellt von	Quelle
6 Überlegungen zum Recht auf Regulierung („right to regulate“) im CETA	Foodwatch	Prof. Dr. Markus Krajewski	[75]
08 /2 Rechtliche Probleme der aktuellen Kommissionsplanung zu 01 Abschluss und vorläufiger Anwendung des CETA	Mehr Demokratie e.V.	Prof. Dr. W. Weiß	[76]
04 CETA, TTIP und das europäische Vorsorgeprinzip- Eine /2 Untersuchung zu den Regelungen zu sanitären und 01 phytosanitären Maßnahmen, technischen Handelshemmnissen 01 und der regulatorischen Kooperation in dem CETA-Abkommen 6 und nach den EU-Vorschlägen für TTIP.	Foodwatch	Prof. Dr. iur. Peter-Tobias Stoll, Dr. Wybe Th. Douma, Prof. Dr. Nicolas de Sadeleer und Patrick Abel	[77]
12 Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic /2 and Trade Agreement (CETA)	WWF Deutschland	Prof. Dr. Christoph Scherrer, Dr. Stefan Beck	[78], [79], [80]
01 4 zwischen Kanada und der Europäischen Union	15 europäische und kanadische Verbände	Pia Eberhardt, Blair Redlin, Cecile Toubeau	[81]
10 Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das /2 Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und 01 Kanada	attac	Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst	[82]
09 Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the /2 Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade 01 Agreements	Canadian Centre for Policy Alternatives	Scott Sinclair, Stuart Trew, Hadrian Mertins-Kirkwood	[83]
08 /2 Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA): 01 Zusammenfassung und kritische Bewertung	ver.di	Thomas Fritz	[84]
10 /2 CETA and Nova Scotia: Who Pays for ‘Free’ Trade? 01 2	Canadian Centre for Policy Alternatives	Angela Giles et al.	[85]

**M
on
at
/
Ja
hr**

07
/2
01
2

Studie

The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement

**Auftrag
geber**

Erstellt von

The Council of Canadian Studies

Stuart Trew

**Qu
ell
e**

[86]

[87]

10
/2
01
0

Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy

Canadian Centre for Policy Alternatives

Jim Stanford

/*
Con
tra
CET
A
*/

04
/2
01
0

Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services

Canadian Centre for Policy Alternatives

Scott Sinclair

[48]

Weitere Informationen

- Making Sense of CETA - CETA lesen und verstehen. Analyse des EU-Kanada Freihandelsabkommens. Hrsg. v. PowerShift und CCPA u.a. Berlin, Ottawa. 2016 [Download als PDF](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Fakten und Zahlen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada](#), Pressemitteilung vom 18.10.13, Europäische Kommission, abgerufen am 19. Februar 2014
2. ↑ [Kanadische Ratifizierung gefährdet Macrons CETA-Versprechen](#) Euractiv.de vom 29.05.2017, abgerufen am 07.06.2017
3. ↑ [Kanadische Ratifizierung gefährdet Macrons CETA-Versprechen](#) Euractiv.de vom 29.05.2017, abgerufen am 07.06.2017
4. ↑ [Zivilgesellschaftlicher Dialog mit Handelskommissarin Malmström](#) EU-Streaming Service vom 29.05.2017, abgerufen am 07.06.2017

5. ↑ [Was das EuGH-Gutachten für CETA, TTIP und Co. bedeutet](#) Tagesspiegel.de vom 18. Mai 2017, abgerufen am 09.06.2017
6. ↑ [Kanada will durchsetzbare Arbeitnehmerrechte in CETA](#) Handelsblatt.com vom 12. Mai 2017, abgerufen am 09.06.2017
7. ↑ [EU-Gericht rehabilitiert die Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA](#) Heise.de vom 11. Mai 2017, abgerufen am 06.06.2017
8. ↑ [Europäisches Parlament stimmt CETA zu](#) BMWI-Pressemitteilung vom 15.02.2017, abgerufen am 01.06.2017
9. ↑ [Freihandelsabkommen CETA nimmt erste Hürde](#) Deutschlandfunk.com vom 24. Januar 2017, abgerufen am 09.06.2017
10. ↑ [EU-Parlament verhindert Prüfung von CETA durch EuGH](#) Euractiv.de vom 23. November 2016, abgerufen am 09.06.2017
11. ↑ [EU und Kanada unterzeichnen CETA](#) Tagesspiegel am 30.10.2016, abgerufen am 04.11.2016
12. ↑ [Keine Einigung in Belgien](#) Spiegel Online am 24.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
13. ↑ [Belgien vertagt CETA-Verhandlungen](#) tagesschau.de am 26.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
14. ↑ [Belgien hat unterzeichnet](#) Zeit Online am 28.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
15. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 19.10.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
16. ↑ [Verfassungsklage per Menschenkette](#) Zeit Online am 31.08.2016, abgerufen am 09.11.2016
17. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 13.10.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
18. ↑ [Ceta-Klägerin: "Das ist mindestens ein 70-Prozent-Sieg"](#) Sueddeutsche.de am 13.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
19. ↑ [Karlsruhe billigt CETA - mit Bedingungen](#) tagesschau.de am 13.10.2016, abgerufen am 09.11.2016
20. ↑ [Abstimmungsverhalten: CETA weiterverfolgen](#) abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 09.11.2016
21. ↑ [SPD stimmt für Ceta-Abkommen](#) Zeit Online am 19.09.2016, abgerufen am 09.11.2016
22. ↑ [Gabriel will SPD um Zustimmung für Investorenschutz bitten](#) Zeit Online am 29.11.2014, abgerufen am 09.11.2016
23. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 05.07.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
24. ↑ [Pressemitteilung des BMWi am 29.02.2016](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 09.11.2016
25. ↑ [CETA: Aktueller Stand](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 10.11.2016
26. ↑ [Gauck wirbt für Handelsabkommen mit Kanada](#) Zeit Online, am 25.09.2014, abgerufen am 09.11.2016
27. ↑ [EU und Kanada verkünden Freihandelspakt](#) Zeit Online am 26.09.2014, abgerufen am 04.11.2016
28. ↑ [Das Verwirrspiel um CETA](#) Zeit Online am 22.09.2014, abgerufen am 04.11.2016
29. ↑ [<http://bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=655700.html>] Pressemitteilung BMWi am 22.09.2014] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 04.11.2016
30. ↑ [Auf dem Weg in die Paralleljustiz](#) Tagesschau.de am 14.08.2014, abgerufen am 09.11.2016
31. ↑ [<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eu-freihandelsabkommen-mit-kanada-bundestag-soll-ueber-ceta-abstimmen-a-984785.html>] Regierung will Bundestag abstimmen lassen] Spiegel Online am 06.08.2014, abgerufen am 09.11.2016
32. ↑ [Handelsabkommen zwischen EU und Kanada steht](#) heise online am 20.10.2013, abgerufen am 10.11.2016
33. ↑ [Auf Acta folgt Ceta](#) Spiegel Online am 11.07.2012, abgerufen am 10.11.2016

34. ↑ [Canada - European Union: Background and negotiations](#) Foreign Trade Information Systems, abgerufen am 10.11.2016
35. ↑ [Investitionsschutz: Situation nach dem Vertrag von Lissabon](#) Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, abgerufen am 10.11.2016
36. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#) europa.eu, am 10.06.2009, abgerufen am 09.11.2016
37. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#) europa.eu, am 10.06.2009, abgerufen am 09.11.2016
38. ↑ [[trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/march/tradoc_142470.pdf](#) Joint Report on the EU-Canada Scoping Exercise am 05.03.2009], abgerufen am 10.11.2016
39. ↑ [[trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/october/tradoc_141032.pdf](#) Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership] Europäische Kommission, Kanadische Regierung, abgerufen am 10.11.2016
40. ↑ [Beschluss des Rates über den Abschluss des CETA-Abkommens](#) Europäische Kommission am 05.07.2016, abgerufen am 10.11.2016
41. ↑ [Kommissarin Cecilia Malmström](#) Europäische Union, abgerufen am 02.06.2017
42. ↑ [LobbyControl Artikel zum Seitenwechsel von Karel de Gucht](#), abgerufen am 05.05.2015
43. ↑ [CETA negotiators](#), La Quadrature du Net Wiki, abgerufen am 01. Juni 2017
44. ↑ [Free-trade agreement between the European Union and Canada: CORPORATIONS MUST NOT MAKE THE LAW](#), gemeinsame Stellungnahme von NGOs, Oktober 2011, abgerufen am 17. März 2014
45. ↑ [Stop the Corporate Giveaway! A transatlantic plea for sanity in the EU-Canada CETA negotiations](#), zweite gemeinsame Stellungnahme von NGOs, November 2013, abgerufen am 08.09.2014
46. ↑ [CETA undermines Canada's ability to benefit from increased international trade](#), von John Jacobs et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, 26.03.13, abgerufen am 11. März 2014
47. ↑ [\[1\]](#), Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN: Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing , abgerufen am 12.06.2014
48. ↑ ^{48,048,1} [Negotiating from Weakness: Canada-EU trade treaty threatens Canadian purchasing policies and public services](#), von Scott Sinclair, Canadian Centre for Policy Alternatives, April 2010, abgerufen am 14. März 2014
49. ↑ [CETA and Services](#), von David Robinson, Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14. März 2014
50. ↑ [Freihandel auf Kosten der Umwelt](#)Pressemeldung des des WWF, 13. März 2015, zuletzt aufgerufen an 17.3.2015
51. ↑ ^{51,051,1} [CETA ist nicht zustimmungsfähig. Teil 2 des Gastbeitrags von Herta Däubler-Gmelin in der Zeit](#), 12. September 2014, zuletzt aufgerufen am 16. September 2014
52. ↑ [ABOUT CETA](#), Webseite des Trade Justice Network, abgerufen am 14.03.2014
53. ↑ [CETA: Services and Information](#) Government of Canada, abgerufen am 16.11.2016
54. ↑ [CETA and Corporate Lobbying: A trade deal by – and for – multinational corporations](#), The Council of Canadians, März 2012, abgerufen am 17. März 2014
55. ↑ [Internetpräsenz der EU-Canada Partnership](#), abgerufen am 24. Juni 2014
56. ↑ [Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) seminar](#), dentons.com, 29. Mai 2014, abgerufen am 18. Juni 2014
57. ↑ [Never mind the pessimists — we need a trade deal with the EU](#), Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf ipolitics.ca, 22. Novmeber 2012, abgerufen am 18. Juni 2014
58. ↑ [It's time to seize the moment in Canada-EU trade negotiations](#), Artikel des Dentons-Mitarbeiter V. Peter Harder auf hilltimes.com, 14. März 2011, abgerufen am 18. Juni 2014

59. ↑ [Veranstaltungshinweise auf der Internetpräsenz von Miller Thomson LLP](#), abgerufen am 24. Juni 2014
60. ↑ [Veranstaltungshinweis des Canadian International Council](#), abgerufen am 24. Juni 2014
61. ↑ [Internetpräsenz der EU-Canada Partnership](#), abgerufen am 24. Juni 2014
62. ↑ [Internetpräsenz der EU-Canada Partnership](#), abgerufen am 24. Juni 2014
63. ↑ [Stellungnahme zu den CETA-Verhandlungen auf der Internetpräsenz der Kanzlei Blakes](#), abgerufen am 24. Juni 2014
64. ↑ [Schöner handeln - Was bringt das Freihandelsabkommen mit den USA?](#), Podcast, WDR5 Funkhausgespräche, 30.01.14, abgerufen am 11. März 2014
65. ↑ [Schattenjustiz: Im Namen des Geldes](#), Die Zeit, 10/2014, abgerufen am 11. März 2014
66. ↑ [Freihandelsabkommen: Angst vor „Zeitbomben“ für den Staatshaushalt](#), von Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 25.01.2014, abgerufen am 27. März 2014
67. ↑ [Abgeordnete gespalten beim Freihandelsabkommen mit Kanada](#) Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, 17.9.2014, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2014
68. ↑ [Ceta bekommt einen Investitionsgerichtshof - ein Vorbild für TTIP?](#), Süddeutsche Zeitung, 1. März 2016, zuletzt aufgerufen am 24.3.2016
69. ↑ [Handelsabkommen Ceta überarbeitet: Schiedsgerichte light](#), die tageszeitung, 2. März 2016, zuletzt aufgerufen am 24.3.2016
70. ↑ ["Abertausende Akteure könnten mit CETA klagen"](#), Telepolis - Interview mit Pia Eberhardt, 2. März 2016, zuletzt aufgerufen am 24.3.2016
71. ↑ [Haftung durch die Hintertür - CETA ist gut für Investoren: Sie könnten bei Staatspleiten künftig die EU verklagen](#), correctiv.org, 2. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 4.7.2016
72. ↑ [A Trade SIA Relating to the Negotiation of a Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) between the EU and Canada](#), vom Colin Kirkpatrick et al., Juni 2011, abgerufen am 14.03.2014
73. ↑ [The Canada-European Union Comprehensive Economic & Trade Agreement: An Economic Impact Assessment of Proposed Pharmaceutical Intellectual Property Provisions](#), von Paul Grootendorst und Aidan Hollis, Februar 2011, abgerufen am 17.03.2014
74. ↑ [Assessing the costs and benefits of a closer EU - Canada economic partnership](#), gemeinsame Studie der EU-Kommission und der Regierung Kanadas, Oktober 2008, abgerufen am 14.03.2014
75. ↑ [Schriftliche Antwort auf eine Anfrage von Foodwatch](#), 9. September 2016, aufgerufen am 19. September 2016
76. ↑ [Rechtliche Probleme der aktuellen Kommissionsplanung zu Abschluss und vorläufiger Anwendung des CETA](#), 11. August 2016, aufgerufen am 24. August 2016
77. ↑ [CETA, TTIP und das europäische Vorsorgeprinzip- Eine Untersuchung zu den Regelungen zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen, technischen Handelshemmnissen und der regulatorischen Kooperation in dem CETA-Abkommen und nach den EU-Vorschlägen für TTIP.](#), April 2016, aufgerufen am 23. Juni 2016
78. ↑ [Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) zwischen Kanada und der Europäischen Union \(Deutsch, ausführlich\)](#), aufgerufen am 17. März 2015
79. ↑ [Einschätzung der Umweltrisiken des Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) zwischen Kanada und der Europäischen Union \(Deutsch, kurz\)](#), aufgerufen am 17. März 2015
80. ↑ [Assessment of Environmental Risks of the Comprehensive Economic and Trade Agreement \(CETA\) between Canada and the European Union](#), aufgerufen am 17. März 2015
81. ↑ [Verkaufte Demokratie - Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen](#), aufgerufen am 19.11.2014
82. ↑ [Europa- und verfassungsrechtliche Vorgaben für das Comprehensive Economic and Trade Agreement der EU und Kanada](#), aufgerufen am 31.10.2014

83. ↑ [Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement](#), herausgegeben von von Scott Sinclair, Stuart Trew und Hadrian Mertins-Kirkwood, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014, abgerufen am 30.09.2014
84. ↑ [\[2\]](#), von Thomas Fritz, ver.di, August 2014, zuletzt abgerufen am 01.10.2014
85. ↑ [CETA and Nova Scotia: Who Pays for 'Free' Trade?](#), von Angela Giles et al., Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2012, abgerufen am 17.03.2014
86. ↑ [The CETA Deception: How the Harper government's public relations campaign misrepresents the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement](#), von Stuart Trew, Canadian Centre for Policy Alternatives, Juli 2012, abgerufen am 17.03.2014
87. ↑ [Out of Equilibrium: The Impact of EU-Canada Free Trade on the Real Economy](#), von Jim Stanford, Canadian Centre for Policy Alternatives, Oktober 2010, abgerufen am 03.09.2014

José Manuel Barroso

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

José Manuel Durão Barroso (*23. März 1956 in Lissabon) ist ein ehemaliger Präsident der **EU-Kommission** und seit 2016 **Lobbyist** bei der US-Investmentbank **Goldman Sachs**. Sein **Seitenwechsel** löste europaweit Kritik aus und veranlasste die EU-Kommission dazu, ihren **Verhaltenskodex** zu verschärfen.

Inhaltsverzeichnis

1 Kritik und Lobbyfälle	18
1.1 Wechsel zu Goldman Sachs	18
1.2 Kontakte zur Tabakindustrie	19
1.3 Freihandelsabkommen	20
1.4 Mitgliedschaften	20
1.5 Weitere Lobby-Kontakte	20
2 Karriere	21
3 Beiträge von LobbyControl	21
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
5 Einzelnachweise	21

Kritik und Lobbyfälle

Wechsel zu Goldman Sachs

Im Juli 2016 gab die US-Investmentbank **Goldman Sachs** bekannt, dass Barroso eine Beratertätigkeit und die Funktion als "Präsident ohne Geschäftsbereich" bei Goldman Sachs International in London einnehmen wird.

^[1] Zwischen Barrosos Amt als Präsident der EU-Kommission und seiner Lobby-Tätigkeit lagen 20 Monate, damit hatte er die Karenzzeit für Kommissionspräsidenten formell eingehalten.

Die Investmentbank bescheinigte Barroso „tiefes Verständnis von Europa“ und bestritt den Vorwurf, er solle die Bank vor allem zu den Auswirkungen des Brexits beraten.^[2] Der „Financial Times“ sagte Barroso in Bezug auf seine neue Tätigkeit, „er werde tun, was er könne, um negative Auswirkungen des britischen EU-Austritts zu verringern.“^[3]

Kritik

Der Spiegel schrieb zu Barrosos **Seitenwechsel**: „[A]uf der einen Seite [wird Barroso] vor allem mit der EU-Kommission zu tun haben. Da kennt er jeden, der wichtig ist. Viele verdanken ihm den Job oder die Karriere. Und auf der anderen Seite spielen die Londoner Regierung und die Bank of England mit. Deren Boss ist seit drei Jahren der Kanadier Marc Carney [...]. Zuvor hatte er unter anderem 13 Jahre bei Goldman Sachs gearbeitet, dort Karriere gemacht und seine finanzpolitischen Überzeugungen gefunden. Ein gutes Gesprächsklima dürfte also gewiss sein.“^[4]

EU-Parlamentspräsident **Martin Schulz** (SPD) bezeichnete Barrosos Wechsel als "völlig inakzeptabel".^[5] Der französische Europastaatssekretär Harlem Désir forderte Barrosos Verzicht auf den Posten^[6]

Barrosos Nachfolger als EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, kritisierte Barrosos Wechsel zu Goldman Sachs wegen deren Rolle in der Finanzkrise: "*Goldman Sachs was one of the organisations that knowingly or unknowingly contributed to the enormous financial crisis we had between 2007 and 2009. So one does wonder about the particular bank he has ended up working for.*"^[7]

Folgen

Im September 2016 gab der Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** als Reaktion auf die Kritik an Barrosos **Seitenwechsel** verschiedene Maßnahmen bekannt. Damit sollen weitere Interessenkonflikte vermieden werden^[8]

Zum einen muss Barroso die EU-Kommission über die Inhalte seiner vertragsgemäßen Aufgaben bei **Goldman Sachs** informieren.

Zum anderen wird die EU-Kommission Barroso nach seinem Wechsel nicht, wie bisher, als ehemaligen Kommissionspräsidenten empfangen, sondern als Interessenvertreter. Damit müssen Kommissionsvertreter Treffen mit Barroso auf ihrer Website veröffentlichen.^[9] Barroso ließ daraufhin verlauten, Junckers Reaktion auf seinen Seitenwechsel sei „diskriminierend“. In Bezug auf seine mögliche Lobby-Tätigkeit in Brüssel betonte er: „Ich bin nicht verpflichtet worden, um für Goldman Sachs Lobbyarbeit zu machen und beabsichtige dies nicht.“^[10]

Juncker beauftragte außerdem das **Ad Hoc Ethik-Komitee** der EU-Kommission (Christiaan Timmermans, Dagmar Roth-Behrendt, Heinz Zourek), den **Seitenwechsel** trotz der formellen Einhaltung der Ethik-Regeln zu überprüfen. Das Ethik-Komitee konnte im Oktober 2016 keinen Verstoß gegen EU-Regeln erkennen.^[11] Barroso hätte lediglich seine Entscheidung nicht so abgewogen „wie man es bei jemandem in seiner Position hätte erwarten dürfen.“^[12]

Die Kritik an Barrosos Wechsel veranlasste die EU-Kommission außerdem dazu, ihren **Verhaltenskodex** zu verschärfen. Ehemalige EU-Kommissare sollen eine zweijährige Karenzzeit einhalten (zuvor 18 Monate), für den Kommissionspräsidenten sollen 3 Jahre Übergangszeit gelten.^[13]

Neben Barroso gab es bereits zuvor Seitenwechsel zwischen hohen EU-Ämtern und **Goldman Sachs**. Unter anderem arbeiteten der ehemalige EU-Kommissar **Mario Monti**, der damalige Chef der Europäischen Zentralbank **Mario Draghi** und der frühere EU-Kommissar **Peter Sutherland** für die US-Investmentbank.^[14]

Kontakte zur Tabakindustrie

2014 wurde bekannt, dass Mitarbeiter Barrosos enge Kontakte zur Zigarettenindustrie pflegten. Der Spiegel berichtete von mindestens 14 heimlichen Kontakten zwischen Kommissionsmitarbeitern und Lobbyisten der Tabakindustrie, wie beispielsweise dem Marlboro-Hersteller **Philip Morris** (PMI). Dabei soll der Konzern dem Generalsekretariat Barrosos auch „wissenschaftliche Untersuchungen“ zur Verfügung gestellt haben.^[15]

Zu der Gruppe von EU-Mitarbeitern unter Barroso gehörten auch Henning Klaus und sein Assistent Guillaume Morel, die sich am 20. Dezember 2011 mit Peter Wörmann und Bodo Mehrlein vom **Bundesverband der Zigarrenindustrie** (BdZ) und Marcel Crijnen vom **Europäischen Verband der Zigarrenhersteller** (ECMA) getroffen hatten. Nach Einschätzung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) stellen solche nicht öffentlich bekannt gemachten Treffen einen Verstoß gegen die Transparenz-Richtlinien der WHO dar.^{[16][17]}

Barroso und **Catherine Day**, die ehemalige Leiterin des **Generalsekretariats der Europäischen Kommission** und eine nahe Vertraute Barrosos, waren außerdem in die **Affäre um John Dalli** verwickelt. Ihre Rollen darin sind allerdings umstritten.

Der Spiegel schreibt, Barrosos Drängen auf den Rücktritt des EU-Gesundheitskommissars Dalli offenbare eine „Rigorosität, die in seltsamem Widerspruch zu den vielfältigen Kontakten seiner eigenen Mannschaft mit der Zigarettenindustrie steht.“^{[18][19]}

In der Folge der Affäre scheiterte John Dalli beim Europäischen Gerichtshof mit einer Klage gegen die EU-Kommission. Dallis Argumentation, Barroso habe ihn nach Publikwerden des Korruptionsversuchs aus dem Amt gedrängt, folgte der EuGH nicht.^[20] Barroso selbst hatte dazu vor dem EuGH ausgesagt.^[21]

Freihandelsabkommen

Barroso setzte sich als Kommissionspräsident für den Abschluss umstrittener Freihandelsabkommen ein.^[22]
^[23] In Barrosos Amtszeit fallen der Beginn der TTIP-Verhandlungen sowie die Aufnahme der Verhandlungen zu CETA und TISA. Zusammen mit US-Präsident Barack Obama, dem Präsidenten des Europäischen Rats Herman Van Rompuy und dem britischen Premierminister David Cameron, verkündete er im Juni 2013 während des G20-Gipfels den Start der TTIP-Verhandlungen.^[24]

2014 unterzeichnete Barroso als Vertreter der EU-Kommission zusammen mit Van Rompuy und dem kanadischen Premierminister Stephen Harper die Erklärung zum Ende der fünfjährigen CETA-Verhandlungen.^[25]

Mitgliedschaften

Als ehemaliger Kommissionspräsident muss Barroso die EU-Kommission über Aktivitäten und Mitgliedschaften in Organisationen informieren, die er nach seiner Amtszeit ausübt. Die angegebenen Tätigkeiten wurden von der Kommission auf die Konformität mit dem Verhaltenskodex geprüft, und genehmigt. Barroso gibt an, die Tätigkeiten unentgeltlich auszuüben.^[26]

Unter Anderem gibt er folgende Aktivitäten an:

- Mitglied im Steering Committee der Bilderberg Konferenz.^[27] Barroso nimmt außerdem regelmäßig an Treffen der Bilderberg Konferenz teil.^[28]
- Ehrenvorsitzender des Ehrenkomitees des European Business Summit, das unter anderem von der Lobby-Organisation *Businesseurope* organisiert wird.

Weitere Lobby-Kontakte

- 2014 nahm Barroso als Redner am *BusinessEurope Day* teil, der Unternehmen und politische Entscheidungsträger zusammenbringen soll. Organisiert wird dieser von *Businesseurope*, dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber, und einem der einflussreichsten Lobby-Akteure in Brüssel.^[29]
- 2009 trat Barroso als Gastredner bei einem Event des *European Parliamentary Financial Services Forum* auf. Das Forum besteht aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen Finanzwirtschaft.^[30]

- 2004 verbrachte Barroso mit seiner Familie eine Woche kostenlosen Urlaub auf der Yacht des griechischen Schifffahrt-Unternehmers und Bankmanagers **Spiros Latsis**. Kurz danach wurde in Brüssel die Verschärfung von Umweltvorschriften für griechische Schiffe verhindert. Weil er in diese Entscheidung persönlich involviert war, musste Barroso sich einem Misstrauensantrag im **EU-Parlament** stellen. Dieses überstand er jedoch mit der Begründung, zum Zeitpunkt des Urlaubs noch nicht Kommissionspräsident gewesen zu sein. ^[31]

Karriere

- seit 2016: Berater und "Präsident ohne Geschäftsbereich" bei **Goldman Sachs**
- 2004 - 2014: Präsident der **EU-Kommission** (zwei Amtszeiten)
- 2002 - 2004: Ministerpräsident Portugal
- seit 1985: Abgeordneter portugiesisches Parlament
- seit 1980: Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Portugals (PSD)

Quelle: Europäische Kommission^[32]

Beiträge von LobbyControl

- [LobbyControl: Barrosos Wechsel zu Goldman Sachs: Fatales Signal für Europa](#)
- [LobbyControl: Juncker will Drehtür verlangsamen](#)
- [Barroso-Seitenwechsel: Offener Brief des Netzwerkes ALTER-EU an Jean-Claude Juncker](#)
- [LobbyControl: Barroso, Kroes, De Gucht: Juncker muss skandalöse Seitenwechsel verhindern!](#)
- [LobbyControl: Ein Drittel der Ex-EU-Kommissare vollzieht dreiste Seitenwechsel](#)
- [LobbyControl: LobbyControl protestiert gegen Doppelmoral der EU-Kommission](#)

- [LobbyControl: Barroso muss im EU-Lobbyskandal Klarheit schaffen](#)
- [LobbyControl: Ein Jahr „Dalli-Gate“ - EU-Kommission sitzt Lobbyskandal aus](#)
- [Dalli-Skandal: Offener Brief des Netzwerkes ALTER-EU an Jean-Claude Juncker](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Pressemitteilung 8. Juli 2016 Internetauftritt Goldman Sachs](#), abgerufen am 01.12.2016
2. ↑ [Barroso heuert bei Goldman Sachs an Spiegel Online](#) am 08.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
3. ↑ [Alles zum Wohl des Geldes Spiegel Online](#) am 13.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
4. ↑ [Alles zum Wohl des Geldes Spiegel Online](#) am 13.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
5. ↑ [Schulz nennt Barrosos Wechsel inakzeptabel FAZ.net](#) am 27.09.2016, abgerufen am 01.12.2016
6. ↑ [Frankreich kritisiert Barroso Handelsblatt](#) am 13.07.2016, abgerufen am 01.12.2016
7. ↑ [Juncker questions Barroso's decision to join Goldman Sachs The Guardian](#) am 15.09.2016, abgerufen am 01.12.2016

8. ↑ [EU verlängert Übergangsfrist für Kommissionsmitglieder](#) Handelsblatt am 23.11.2016, abgerufen am 01.12.2016
9. ↑ [Juncker stuft Barroso zum simplen Lobbyisten ab](#) Spiegel Online am 12.09.2016, abgerufen am 30.11.2016
10. ↑ [Barroso fühlt sich von Juncker diskriminiert](#) Zeit Online am 13.09.2016, abgerufen am 30.10.2016
11. ↑ [Mitteilung des Ad Hoc Ethik-Komitees](#) ec.europa.eu am 26.10.2016, abgerufen am 30.11.2016
12. ↑ [Barrosos Wechsel zu Goldman Sachs nicht regelwidrig](#) Spiegel Online am 31.10.2016, abgerufen am 30.11.2016
13. ↑ [EU verschärft Verhaltensregeln für Ex-Kommissare](#) Spiegel Online am 24.11.2016, abgerufen am 30.11.2016
14. ↑ [Alles zum Wohl des Geldes](#) Spiegel Online am 13.07.2016, abgerufen am 30.11.2016
15. ↑ [Saubermänner auf Abwegen](#) Spiegel Online am 21.07.2014, abgerufen am 02.12.2016
16. ↑ [Transparenz EU-Skandal: Geheimgespräche von Barroso-Mitarbeitern mit der Tabak-Lobby](#), Deutsche Wirtschafts Nachrichten vom 17.12.2012, abgerufen am 16.06.2016
17. ↑ [Mail-Verkehr Bodo Mehrlein an Guillaume Morel](#), offizielles EU-Dokument vom 18.11.2011, abgerufen am 16.06.2016
18. ↑ [Saubermänner auf Abwegen](#) Spiegel Online am 21.07.2014, abgerufen am 30.11.2016
19. ↑ [Wer hat John Dalli verraten?](#) Spiegel Online am 26.02.2016, abgerufen am 30.10.2016
20. ↑ [Dalli scheitert mit Klage gegen vermeintliche Amtsenthebung](#) LegalTribune Online am 12.05.2015, abgerufen am 02.12.2016
21. ↑ [Saubermänner auf Abwegen](#) Spiegel Online am 21.07.2014, abgerufen am 02.12.2016
22. ↑ [Barroso: CETA kommt sicher heise online](#) am 27.09.2014, abgerufen am 02.12.2016
23. ↑ [José Manuel Barroso on TTIP mandate: "Where there is a will, there is a way"](#) Youtube-Kanal der Europäischen Kommission
24. ↑ [Pressemitteilung am 17.Juni 2013](#) europa.eu, abgerufen am 01.12.2016
25. ↑ [Pressemitteilung der Europäischen Kommission am 26.09.2014](#) europa.eu, abgerufen am 01.12.2016
26. ↑ [Briefwechsel Barrosos mit der EU-Kommission, Ende 2014](#) veröffentlicht von CorporateEurope.org, abgerufen am 02.12.2016
27. ↑ [Steering Committee](#) Offizielle Website der Bilderberg Konferenz, abgerufen am 24.07.2023
28. ↑ [Bilderberg Meetings](#) Offizielle Website der Bilderberg Konferenz, abgerufen am 24.07.2023
29. ↑ [Redner BusinessEuropeDay 2014](#) businesseuropeday.eu, abgerufen am 02.12.2016
30. ↑ [Networking Cocktail Invitation](#) epfsf.org, abgerufen am 02.12.2016
31. ↑ [Der reiche Grieche vom Genfersee](#) Tagesanzeiger am 02.06.2012, abgerufen am 02.12.2016
32. ↑ [Lebenslauf José Manuel Barroso](#) Europäische Kommission, abgerufen am 30.11.2016

Seitenwechsler auf EU-Ebene

Seitenwechsel, auch Drehtür-Effekt, "Revolving door" genannt, ist ein häufiges und typisches Phänomen des Lobbyismus: PolitikerInnen oder hochrangige MitarbeiterInnen aus Ministerien wechseln aus ihrem Amt oder Mandat zu Unternehmen oder Interessensverbänden und übernehmen dort Lobbytätigkeiten. Häufig werden sie in Bereichen tätig, für die sie zuvor in ihrer politischen Funktion auch zuständig waren.

Nachdem 2022 im Rahmen der Veröffentlichung der "Uber Files" Details über den Wechsel der EU-Kommissarin Neelie Kroes als Lobbyistin zum Fahrdienstleister Uber bekannt geworden waren, kritisierte Corporate Europe Observatory (CEO) in einem öffentlichen Schreiben an Kommissionspräsidentin von der Leyen den unzureichenden Umgang der EU-Kommission mit Seitenwechseln^{[1][2]}

Seitenwechsel 2022

Name	Land	Alter	Job bis	Neuer Job ab
Cecilia Malström	Schwe den	2014-2019	EU-Kommissarin für Handel, 2010-2014 Kommissarin für Inneres	<ul style="list-style-type: none"> seit 01/2022 Senior Advisor bei der Wirtschaftskanzlei Covington & Burling^[3]

Seitenwechsel 2020

Name	Land	Alter	Job bis	Neuer Job ab
Günther Oettinger	Deut	2017-2019	EU-Kommissar für Haushalt und Personal, schla davor Kommissar für Digitalwirtschaft, davor nd Kommissar für Energie	<ul style="list-style-type: none"> 2019 Gründung der Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH 2020 Mitglied von Gremien einer Vielzahl von Unternehmen und wirtschaftsnahen Denkfabriken^[4]

Seitenwechsel 2017

Name	Land	Alter	Job bis	Neuer Job ab
Jonathan Hill	Großbritannien	11/2014-06/2016	Finanzkommissar der EU-Kommission	<ul style="list-style-type: none"> seit 2017 Berater bei Freshfields Bruckhaus Deringer seit 2018 Berater bei UBS und Deloitte

Seitenwechsel 2016

Name	Land	Alter	Job bis	Neuer Job ab
José Manuel Barroso	Portugal	2004-10/2014	Präsident der EU-Kommission	<ul style="list-style-type: none"> 07/2016 Goldman Sachs, Mitglied des Verwaltungsrats und Berater Lenkungsausschuss der Bilderberg-Konferenz Ehrenamt beim European Business Summit von Businesseurope
Barbara Gallani		2016	Direktorin der Lobbyorganisation der britischen Nahrungsmittelindustrie Food and Drink Federation (FDF)	<ul style="list-style-type: none"> 05/2016 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), Leiterin der Abteilung Kommunikation und Außenbeziehungen
Neelie Kroes	Niederlande	• 2010-2014 • 2004-2010	EU-Kommissarin für die Digitale Agenda Wettbewerbskommissarin	<ul style="list-style-type: none"> 05/2016 Sales Forces, Aufsichtsrat Uber, Beraterin
Karel de Gucht	Belgien	2010-2014	Kommissar für Handel	<ul style="list-style-type: none"> 05/2016 ArcelorMittal, Aufsichtsratsmitglied

Seitenwechsel 2015

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Guido Peruzzo	Deutschland	01/2015 Stellv. Ständiger Vertreter Deutschlands bei der EU	<ul style="list-style-type: none"> 06/2015 Geschäftsführer der Lobbyagentur EUTOP Brussels
Neelie Kroes	Niederlande	10/2014 EU-Kommissarin für die Digitale Agenda	<ul style="list-style-type: none"> xx/2015 Sonderberaterin für die US-Großbank Bank of America
John Clancy	UK	10/2014 Sprecher von EU-Handelskommissar Karel de Gucht	<ul style="list-style-type: none"> xx/2015 Lobbyfirma FTI Consulting, Mitarbeiter xx/2015 Privatbank Merit Capital NV, Vorstand
Karel de Gucht	Belgien	2010-10/2014 EU-Handelskommissar	<ul style="list-style-type: none"> xx/2015 Telekommunikationskonzern Belgacom/Proximus, Vorstand xx/2015 Private-Equity-Unternehmen CVC Capital Partners

Seitenwechsel 2014

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Viviane Reding	Luxemburg	06/2014 EU-Kommissarin für Justiz	<ul style="list-style-type: none"> • 01/2015 Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Kuratoriums • 01/2015 Agfa-Gevaert, Mitglied im Aufsichtsrats • 12/2014 Bergbaufirma Nyrstar, Mitglied des Verwaltungsrats • 07/2014 EU-Parlament, Mitglied
Maria Damanaki	Griechenland	2010-10/2014 EU-Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei	<ul style="list-style-type: none"> • US-NGO The Nature Conservancy (TNC), die enge Verbindungen zu Ölkonzernen und zur Finanzbranche pflegt
Siim Kallas	Estland	10/2014 EU-Verkehrskommissar	<ul style="list-style-type: none"> • xx/2014-08/2015 Berater für den estnischen Softwarekonzern Nortal. Zugleich war Kallas Sonderberater des amtierenden EU-Währungskommissars Valdis Dombrovskis
Silvana Koch-Mehrin	Deutschland	06/2014 Mitglied des EU-Parlament , FDP	<ul style="list-style-type: none"> • 11/2014 Lobbyagentur gplus
Holger Kraemer (FDP)	Deutschland	2004-2014 Mitglied des EU-Parlament	<ul style="list-style-type: none"> • 09/2014 Beratungsfirma Hanover Communication • 04/2015 Opel/General Motors (GM), Direktor für Europäische Angelegenheiten, Politik und Regierungsbeziehungen
Peter Skinner	UK	06/2014 Mitglied des EU-Parlament , Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)	11/2014 Lobbyist für den Versicherungskonzern Allianz SE
Sharon Bowles	UK	06/2014 Vorsitzende des Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im EU-Parlament	08/2014 Vorstandsmitglied der London Stock Exchange (LSE), Europas führender Börse
Arlene McCarthy	UK	06/2014 stellv. Vorsitzende des Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) im EU-Parlament Berater des Flughafenverbands Arbeitsgemeinschaft Deutscher	07/2014 UK-Lobbyfirma Sovereign Strategy , Stellv. Vorsitzende (European Strategy) 06/2014 Mitglied des EU-Parlament

Jens Gieseke	Deutschland	Verkehrsflughäfen (ADV) 04/2014 Generaldirektor der	für die CDU 05/2014 Berater ("Of counsel") bei
Hervé Jouanjan	Frankreich	Generaldirektion Haushalt der EU-Kommission	der französischen Anwaltskanzlei Fidal
Corien Wortmann-Kool	Niederlande	07/2014 Stellv. Fraktionschefin und Finanzexpertin der EVP-Fraktion im EU-Parlament	05/2014 Mitglied des Aufsichtsrats Versicherungskonzern Aegon
Christian Thimann	Deutschland	12/2013 Europäische Zentralbank (EZB), Berater des Präsidenten	01/2014 Versicherungskonzern Axa , Vorstand
Gayle Kimberley	Malta	bis 2011 Europäischer Rat	01/2014 Lobbyistin bei Swedish Match (Tabakkonzern)

Seitenwechsel 2013

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Joao Pacheco	Portugal	09/2013 EU-Kommission , GD Landwirtschaft, Stellv. Generaldirektor	10/2013 Unternehmensberatung Allen F Johnson & Associates , Direktor für die Europäischen Märkte
Serge Abou	Frankreich	bis 2011 EU-Botschafter in China	07/2013 Berater bei Huawei
Fanny-Pomme Langue	Frankreich	09/2012 EU-Kommission , GD Energie	01/2013 European Biomass Association (AEBIOM), "Policy Director"
Maria Trallero	Spanien	2005-2012 EU-Kommission, DG Handel, Policy Coordinator	xx/2013 Europäischer Pharma-Dachverband EFPIA , Direktorin für Handelspolitik

Seitenwechsel 2012

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Vicenzo Salvatore	Italien	06/2012 Leiter der Rechtsabteilung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA)	06/2012 Anwalt bei Sidley Austin mit der Aufgabe Life-Science Unternehmen zu beraten, wenn es um EU-Gesetze geht
Diana Banati	Ungarn	05/2012 Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats	05/2012 Lobbyverband International Life Sciences Institute
Xavier Luria	Spanien	Leiter des Bereichs "Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln" der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA)	03/2012 Berater für diverse Pharmaunternehmen
Jean De Ruyt	Belgien	Ständiger Vertreter Belgiens bei der EU	01/2012 "Senior European policy advisor" bei der Kanzlei Covington & Burling LLP

Seitenwechsel 2011

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Ernst Strasser	Österreich	bis 2011 Mitglied des EU-Parlament	Rücktritt wegen der „ Cash-for-laws-Affäre “
Tibor Kiss	Ungarn	Botschafter und ständiger Vertreter Ungarns bei der EU	"Senior Political Adviser" bei der PR-Agentur PA Europe
David Carlander	Schweden	2011 EFSA , zuständig für Risikobewertung von Nanotechnologie in Nahrungsmitteln	09/2011 Cheflobbyist bei Nanotechnology Industry Association
Thomas Lönngren	Schweden	12/2010 Direktor der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA)	<ul style="list-style-type: none"> • gründete sein eigenes Beratungsunternehmen Pharma Executive Consulting Ltd. noch als EMA-Direktor • 01/2011 Wechsel ins Management der Beratungsagentur NDA, die sich auf die Beratung der Pharmaindustrie spezialisiert hat

Seitenwechsel 2010

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Eoin O'Malley	Irland	2006-xx/2010 BusinessEurope , Senior Adviser on International Relations	06/2010 EU-Kommission , DG SANCO, dann DG Handel, Referent und Redenschreiber
Günter Verheugen	Deutschland	02/2010 EU-Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • 04/2010 Royal Bank of Scotland • Gründung seines eigenen Lobbyunternehmens European Experience Company
Benita Ferrero-Waldner	Österreich	2009 EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik	02/2010 Munich Re AG
Mogens Peter Carl	Dänemark	Generaldirektor der Generaldirektion (GD) Handel und danach bis 08/2009 Generaldirektor der GD Umwelt	02/2010 Berater bei Kreab Gavin Andersen
Joe Borg	Malta	2009 EU-Kommissar für Fischerei und Maritime Angelegenheiten	xx/2010 FIPRA
Javier Solana	Spanien	2009 Generalsekretär des Rates der Europäischen Union , Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	xx/2010 Brookings Institution
Charles McCreevy	Irland	2010 EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen	xx/2010 Berater bei Ryanair
Meglana Kuneva	Bulgarien	2009 EU-Kommissarin für Verbraucherschutz	xx/2010-xx/2013 Mitglied des Vorstands der französischen Großbank BNP Paribas

Seitenwechsel 2009

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Mårten Westrup	Schweden	EU-Kommission, Generaldirektion "Unternehmen und Industrie"	12/2009 Arbeitgeberdachverband B usinesseurope
Derek Taylor	UK	leitender Berater für Energie bei der Generaldirektion Energie der EU-Kommission	Berater für Energiefragen bei der Lobbyagentur Burson-Marsteller

Seitenwechsel 2008

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Michel Petite	Frankreich	2007 Generaldirektor des Juristischen Diensts der EU-Kommission	2008 Kanzlei Clifford Chance
Suzy Renckens	Belgien	2008 Abteilungsleiterin des Bereichs Gentechnik der EFSA	2008 Lobbyistin beim Gentechnik-Unternehmen Syngenta
Jacques de Larosière	Frankreich	2009 Berater für den Präsidenten der Bank BNP Paribas	2008 Vorsitz der high-level group on financial supervision der EU

Seitenwechsel 2007

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Wilhelm Schönfelder	Deutschland	06/2007 EU-Botschafter der Bundesrepublik Deutschland	09/2007-2010 Leiter der Siemens- Vertretung in Brüssel
Alexander Schaub	Deutschland	06/2006 Generaldirektor Binnenmarkt der EU-Kommission	02/2007 Berater bei Freshfields Bruckhaus Deringer
Otmar Issing	Deutschland	05/2006 Chefökonom der Europäischen Zentralbank	01/2007 „International Advisor“ der Investmentbank Goldman Sachs

Seitenwechsel 2001

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Leon Brittan	UK	1999 Vizepräsident EU-Kommission und EU Handelskommissar	<ul style="list-style-type: none"> 03/2001 International Financial Services London seit 2011 UBS Warburg

Seitenwechsel 2000

Name	Land	Alter Job bis	Neuer Job ab
Martin Bangemann	Deutschland	bis 1999 EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation	2000-2001: Aufsichtsratsmitglied bei Telefonica

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)

- [Lobbyismus in der EU](#)

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Weiterführende Informationen

- [Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene](#)
- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)
- [Seitenwechsel auf EU-Ebene, Liste von Corporate Europe Observatory \(CEO\), engl.](#)
- [Zusammenfassung einer ALTER-EU Studie](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

1. [↑ Uber, Neelie Kroes, an the European Commission 14.07.2022](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 17.07.2022
2. [↑ Datenleck setzt US-Konzern unter Druck](#), tagesschau.de vom 10.07.2022, abgerufen am 17.07.2022
3. [↑ Cecilia Malström Joins Covington's Public Policy Practice](#), cov.com vom 05.01.2022, abgerufen am 09.01.2022
4. [↑ Spitzenreiter bei den Nachfolgebeschäftigungen von ehemaligen EU-Kommissaren ist der ehemalige deutsche Kommissar Günther Oettinger](#), gruene-jork.de vom 30.11.2020, abgerufen am 15.01.2022

BusinessEurope

BusinessEurope ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#). In der EU zählt der Verband zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das

BusinessEurope

Rechtsf internationaler gemeinnütziger Verein
orm nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)

Tätigke Interessenvertretung der europäischen
itsberei Wirtschaft
ch

Gründu März 1958, 2007 umbenannt in
ngsdatt BusinessEurope, the confederation of

Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben ^[1], womit der Verband nach Angaben von lobbyfacts.eu den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der große Einfluss, den BusinessEurope in den [Arbeitsgruppen des Europäischen Rats](#), hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden. ^[2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der [Working Party on Competitiveness and Growth](#).

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird. ^[3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

BusinessEurope	
um	European business
Hauptsitz	Av. de Cortenbergh 168, 1000 Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	businesseurope.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	33
2 Lobbystrategien und Einfluss	33
2.1 Lobbyisten	33
2.2 EU-Expertengruppen	34
2.3 Seitenwechsel	34
2.4 European Business Summit	34
2.5 BusinessEurope Day	35
3 Fallstudien und Kritik	35
3.1 2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	35
3.2 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz	36
3.3 2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	37
3.4 2012-2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	38
3.5 2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	39
3.6 2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister	40
3.7 2009-2018: Better Regulation	40
4 Organisationsstruktur und Personal	41
4.1 Verbindungen	41
5 Finanzen	42
6 Geschichte	42
7 Weiterführende Informationen	42
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	42
9 Einzelnachweise	42

Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.^[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel^[6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.^[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc.“ Option 3: „challenge the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind.^[8] (Stand: Juli 2023)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten.^[8]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers)^[9]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs.^[10] Zu den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermans (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten^[11]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos^[12].

BusinessEurope Day

Der **BusinessEurope Day** findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments^[13]

Fallstudien und Kritik

2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom [ERT](#), von Business Europe und [CEFIC](#), dem [Verband der europäischen Chemieindustrie](#). Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industriobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a “Clean, Just *and Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.^[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht *„auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten“*^[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen.^[14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen *„haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen“* würden.^[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten **Macron**. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.^[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.^[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.^[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“^[18] zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich „Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten,‘ vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ‚ein stärkeres Signal aussenden würde‘“. ³ Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das [Regulatory Scrutiny Board \(RSB\)](#), welches daraufhin zwei Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und „Verwässerung“^[18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, „90 Prozent der Treffen entfielen [...] auf Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope“.^[18]

2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement ([JEFTA](#)) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte^[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission [José Manuel Barroso](#) große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.^[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch [regulatorische Kooperation](#) ein zentrales Thema bleiben müssen.^[21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und [ACEA](#)^[22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017 waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU^[23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen^[24]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die [regulatorische Kooperation](#) es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt.^[25]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der vonCEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem [European Services Forum](#)) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema [TTIP](#). In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil.^[26]

Ende 2013 wurde ein Papier der [EU-Kommission](#) zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die [US-Handelskammer](#), die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt"(Übersetzung des Verfassers).^[27]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist.^[28]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der [US-Handelskammer](#) aus den Jahren 2012^[29] und 2014^[30] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016^[31] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.^[32]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.^[33]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.^[34] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[36] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[37]

2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die [Worst EU Lobbying Awards](#) nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO2-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industrilobbyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.^[39], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war^[40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimateunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[43]

2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung in Kraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen könnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor ^[44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die *no registration, no meeting* - Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermans vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen ^[45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die *no registration, no meeting* Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen. ^[46].

2009–2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“. ^[47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. ^[48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert. ^[49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte. ^{[50][51]}

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium ^[52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere

Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#). Präsident von BusinessEurope ist [Fredrik Persson](#), welcher zuvor Präsident des [Confederation of Swedish Enterprise](#) war, das ebenfalls Mitglied von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist [Markus J. Beyrer](#), ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.^[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Position papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Policy Centre](#) (EPC)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [Alliance for a Competitive European Industry](#), die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[56]
- [Alliance for CSR](#), einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich [Corporate Social Responsibility](#) beschäftigt^[57]
- [European Services Forum](#) (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- [Kangaroo Group](#)

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.^[8]

Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.^[58]

Weiterführende Informationen

- [BusinessEurope](#) Eintrag auf lobbyfacts.eu

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [BusinessEurope auf lobbyfacts.eu](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
2. ↑ [Business lobbies dominate secret channel to influence Council](#), corporateeurooe.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
3. ↑ [BusinessEurope](#), influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
4. ↑ [Mission and Priorities](#), businessseurope.com, abgerufen am 02.09.2016
5. ↑ [Commission Meetings](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
6. ↑ [Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope](#) corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
7. ↑ [So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern](#), sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
8. ↑ ^{8,08,18,28,3} [BUSINESSEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
9. ↑ [The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby](#), abgerufen am 19.09.2016
10. ↑ [European Business Summit](#) abgerufen am 13.11.18
11. ↑ [European Business Summit: Consolidating Corporate Power](#), Coporate Eurobe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
12. ↑ [European Business Summit Events](#) abgerufen am 14.11.18
13. ↑ [Speakers](#), businessseuropeaday.eu, abgerufen am 17.11.2021
14. ↑ ^{14,014,114,214,3} [Fein Raus](#) corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Comittee vom 21.01.2021, abrufbar [hier](#)

16. ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar [hier](#)
17. ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar [hier](#)
18. ↑ ^{18,018,118,2} [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
19. ↑ [JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen](#), Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018
20. ↑ [EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso](#), BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ [BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ [Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ [JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze](#), LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ [Who lobbies most on TTIP?](#), Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateeurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ [European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement \(TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations\)](#), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letterto Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012](#), abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\), 2014](#), abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ [European Commission, TTIP – EU proposal](#), abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ [Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP](#), abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ [Handelsgespräche aufgenommen](#), Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ [Proposals for EU-US-regulatory cooperation](#), foeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ [BusinessEurope: Worst Climate Lobbying](#), worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ [Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz](#), Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ [Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change](#), Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ [Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups](#), Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018

42. ↑ [BusinessEurope memo on EU climate ambition](#), BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ [Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren](#), Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [\[1\]](#), Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ [Briefwechsel Timmermanns Beyrer](#), asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18
46. ↑ [Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business](#), Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ [Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur](#), deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ [Better Regulation](#), BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ [Better Regulation Watchdog](#) Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ [How the European Union is doing the job of big businesses](#), Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ [Mitglieder der REFIT-Plattform - Gruppe der Interessenträger](#), Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ [History](#), businessseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ [Alliance for a Competitive European Industry](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ [Alliance for CSR](#), businessseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ [BusinessEurope](#), PowerBase, abgerufen am 31.05.2012

European Services Forum

Das **European Services Forum (ESF)** ist eine einflussreiche Lobbyorganisation bedeutender europäischer Dienstleister und ihrer Verbände mit besten Kontakten zu den EU-Institutionen. Mitglieder des ESF sind zum Beispiel multinationale Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Banken und Versicherungen. Das ESF arbeitet eng mit [BusinessEurope](#) zusammen. Nach eigener Aussage beschäftigen die Mitgliedsunternehmen des European Services Forum insgesamt mehr als drei Millionen Arbeitnehmer in über 200 Ländern mit einem Jahresumsatz von insgesamt 500 Milliarden Euro. Außerdem repräsentiert das ESF 29 Wirtschaftsverbände, dessen Mitglieder insgesamt über 90 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. ^{[1][2]} Pascal Kerneis, der geschäftsführende Direktor des ESF, sagt über sich selbst: „Ich vertrete 80% aller Dienstleistungsexporteur und Investoren. Der Umsatz macht circa 50% der europäischen Union aus.“ (deutsche Übersetzung) ^[3]

European Services Forum (ESF)



Rechtsform Nicht profitorientiert - Kein rechtlicher Status

Tätigkeit Lobbytätigkeit zur Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen

Gründungsdatum 1999

Hauptsitz Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

Lobbybüro Avenue de Cortenbergh, 168, 1000

European Services Forum (ESF)

üro EU Brussels

Webadr www.esf.be

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	45
1.1 Beziehungen zur EU-Kommission	45
1.2 EU-Gruppen	46
1.3 Seitenwechsel	46
2 Fallstudien und Kritik	46
2.1 2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	46
2.2 2011-2016: Lobbying für TISA	47
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	48
3.1 Organisationsstruktur und Personal	48
3.2 Mitglieder	49
3.3 Verbindungen	49
4 Finanzen	50
5 Kurzdarstellung und Geschichte	50
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
7 Einzelnachweise	50

Lobbystrategien und Einfluss

Zentraler Punkt der ESF-Tätigkeit ist die Liberalisierung des Dienstleistungssektors – in der Realität beinhaltet das auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Wasser. Das ESF nimmt auf bilaterale Verhandlungen der EU Einfluss, aber auch auf die Tätigkeiten der **Welthandelsorganisation** (WTO).^[4] Nach Aussage von Pascal Kerneis sind gerade internationale Handelsverträge – wie bei der WTO – für das ESF von Interesse, da solche Verträge über dem EU-Gesetz stehen und alle Mitgliedsländer der Europäischen Union einen Vertrag respektieren müssen, den die Union unterschrieben hat.^[5] International ist das ESF bestens mit anderen Verbänden vernetzt – wie beispielsweise der amerikanischen Coalition of Services Industries CSI.

Beziehungen zur EU-Kommission

Die Gründung des European Services Forum wurde von der EU-Kommission selbst angestoßen.^[6] Laut ihrer Webseite wird das ESF von der **EU-Kommission** und den EU-Regierungen als die Stimme der europäischen Dienstleistungsindustrie anerkannt. Es durfte als Teil der offiziellen Delegation der EU-Kommission an den WTO-Treffen in Seattle, Doha, Cancun und Hong Kong teilnehmen. Als "Business-NGO" hat die ESF bei der EU-Kommission einen Beobachterstatus ("observer status") und wird von den EU-HandelskommissarInnen direkt gebrieft. Es gibt regelmäßige Treffen der ExpertInnen der Wirtschaftsministerien der EU-Mitgliedstaaten mit den ESF-Mitgliedern im sogenannten 133er-Ausschuss (benannt nach Artikel 133 Abs. 3 EG - Vertrag). Nach Art. 133 führt die EU-Kommission Verhandlungen über eine gemeinsame Handelspolitik

"im Benehmen" mit diesem Ausschuss. Nach Einschätzung des ESF werden im 133er-Ausschuss die eigentlichen Entscheidungen getroffen. Die Beziehung zwischen EU-Kommission und dem ESF ist in vielen Bereichen so eng, dass in dem Zusammenhang auch von „reverse lobbying“ also umgekehrtem Lobbyismus gesprochen wird: Oft begann das Forum erst mit seiner Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission, nachdem diese es dazu aufgefordert hatte. Man spricht hier von „privilegiertem Zugang“, denn andere Lobbyakteure werden oft nicht aktiv von der Kommission eingebunden.

EU-Gruppen

Das ESF gehört 2 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist es in der Expertengruppe zu Handelsabkommen vertreten. ^[7]

Seitenwechsel

- seit der Gründung des ESF im Jahr 1999 ist [Pascal Kerneis](#) der Managing Director. Zuvor arbeitete er als juristischer Sachverständiger für die [EU-Kommission](#) und als Lobbyist für den Europäischen Bankenverband ([European Banking Federation](#)). Dort war er in Verhandlungen der WTO zu finanziellen Dienstleistungen im Rahmen von GATS (General Agreement on Trade in Services) involviert. ^[8]
- [Sir Thomas Harris](#) war von 2013 bis 2017 Vorsitzender des ESF. Zu Beginn seiner Karriere war er im diplomatischen Dienst Großbritanniens tätig und als Staatsmann für die britischen Werbeprogramme für den Handel mit den USA verantwortlich, bevor er Vizepräsident der [Standard Chartered Bank](#) wurde. Er sitzt im Vorstand von [TheCityUK](#) und in zwei Beiräten des [British American Business](#). ^[9]
- [Christoffer Taxell](#) war von 2007 bis 2013 Vorsitzender des ESF. Er gehörte von 1975-1991 dem finnischen Parlament an, unter anderem als Justizminister von 1979-1987 sowie als Minister für Erziehung und Wissenschaft von 1987-1990. ^[10]
- Sir Ian Lord Vallenge of Tummel war von 2002 bis 2007 Vorsitzender des ESF. 2004 wurde er Mitglied des House of Lords für die Liberal Democrats in Großbritannien. ^[11]

Fallstudien und Kritik

2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Die enge Beziehung zwischen dem Forum und der Generaldirektion Handel der EU-Kommission spiegelt sich insbesondere in zwei Inhalten von TTIP wieder:

Zwischen 2012 und 2014, der Vorbereitungsphase und dem Beginn der TTIP-Verhandlungen, fanden zahlreiche Treffen des ESF mit der EU-Generaldirektion Handel statt. Dazu gehörten 19 Lobby-Kontakte (Beteiligung an öffentlichen Stakeholder-Meetings und Konsultationen) und 11 Treffen hinter verschlossenen Türen (exklusive Treffen zwischen ESF und EU-Generaldirektion). Damit hatte das European Services Forum gemeinsam mit der Arbeitgeber-Lobby, [BusinessEurope](#), die meisten Kontakte mit der GD Handel.

Zu den typischen Veranstaltungsformaten des ESF gehören die vierteljährlichen „Policy Committee Meetings“, bei welchen immer auch die Generaldirektion Handel vertreten ist. Alle sechs Monate sitzen dort auch hohe Beamte der EU-Mitgliedsstaaten mit am Tisch, die das ESF über den neusten Stand von verschiedenen Wirtschaftsverhandlungen aufklären. Normalerweise enden die Gesprächsrunden mit einem Cocktailempfang. ^[12]

Auch zu dem einflussreichen Ausschuss für Handelspolitik (Trade Policy Committee, TPC), welcher die Kommission bei der Aushandlung von Handelsabkommen mit Drittländern oder in internationalen Organisationen berät, pflegt das ESF engen und informellen Kontakt. Im März 2016 rief der Lobbyist Pascal Kerneis den Ausschuss dazu auf sich noch intensiver TTIP zu widmen.^[13] Auch der Vorsitzende des ESF, Sir Thomas Harris plädierte an EU-Handelskommissarin Malmström für ein ambitioniertes TTIP, welches andere Abkommen wie **TISA**, **GPA**, oder **TPP** in ihrer Reichweite übertreffen sollte.^[14] Malmström versicherte der Dienstleistungslobby daraufhin, dass die Kommission das Streben nach einem ehrgeizigen Dienstleistungsabkommen und einer weiteren Liberalisierung des Sektors mit den Unternehmensvertretern teile.^[15] Im Juni 2016 formte das ESF gemeinsam mit anderen Verbänden und Konzernen die **Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition**. Zusammen mit **TheCityUK**, der **US-Handelskammer**, dem **Trans-Atlantic Business Council** und vielen anderen, tritt das Forum dort für eine **regulatorische Kooperation** zwischen der EU und den USA ein. Dabei fokussiert sich die Koalition insbesondere auf die Regulierungszusammenarbeit im Finanzsektor. Denn eben diese Branche wurde vonseiten der US-Regierung nach der Finanzkrise im Jahr 2008 verstärkt reguliert. Eine regulatorische Kooperation würde die amerikanischen Standards demnach vermutlich senken. Die US-Regierung verweigerte sich deshalb bis dato diese bezogen auf den Finanzsektor einzuführen.^{[16][17]}

Schiedsgerichte

Zu den umstrittensten Inhalten von **TTIP** zählen die Bestimmungen zum Investorenschutz. Der Mechanismus der Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) wurde von der Kommission geringfügig und medienwirksam in das Investment Court System (ICS) umgeändert. Inhaltlich geht es dennoch um dasselbe: Die Bestimmung soll Konzernen erlauben die EU und EU-Mitgliedsstaaten vor privaten Schiedsgerichten auf Entschädigung zu verklagen, sollte diese regulatorische Änderungen im Dienstleistungssektor vornehmen, welche die Profite der Unternehmen schmälern könnten. In der Vergangenheit waren bereits Regulierungen zu Höchstpreisen auf Wasser Grund für Klagen vor privaten Schiedsgerichten gewesen Die Regulierungshoheit von Staaten bleibt auch durch das ICS-System gefährdet, die Unabhängigkeit der RichterInnen an den Schiedsgerichten bleibt zweifelhaft: Sie werden pro Klage bezahlt, was ein Interesse an einer Zunahme von Klagen begünstigt. Und: Es wird nicht explizit ausgeschlossen, dass die gleichen Personen, die schon unter dem ISDS-System RichterInnen waren, in dieser Position bleiben.^[18] Das ESF argumentiert, dass starke Bestimmungen zum Investitionsschutz in der EU ausländische Direktinvestitionen anziehen würden. Laut der Dienstleistungslobby führt deshalb der Investitionsschutz zur Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum.^[19] Dabei gibt es in der EU und den EU-Mitgliedsstaaten bereits funktionierende Rechtssysteme, die die Notwendigkeit von privaten Schiedsgerichten in Frage stellen.^[20]

In diesem Kontext relevant: Das ESF traf sich auch mit dem Direktor für Dienstleistungen und Investitionen, Rupert Schlegelmilch. Das Forum erklärte später, dass „das Treffen von Rupert nachgefragt worden sei“. Er habe sich Impulse aus der Dienstleistungsbranche geben lassen wollen. Die Ansprache mit Vornamen zeugt erneut von der engen und informellen Beziehung des ESF zu den EU-Verhandlungsführern.^[21]

2011-2016: Lobbying für TISA

Das European Services Forum trat vor allem im Vorfeld zu den **TISA**-Verhandlungen in Erscheinung, nahm aber als Teil der Global Services Coalition auch auf die Verhandlungen selbst Einfluss.

Vor **TISA** strebte man auf Ebene der WTO die Durchsetzung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) an. Ziel des GATS ist die fortschreitende Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen mittels regelmäßiger Verhandlungsrunden, in denen der Dienstleistungssektor schrittweise

weitgehender liberalisiert und privatisiert werden soll. 2001 eröffnete die WTO eine neue Verhandlungsrunde, die Doha-Runde. Diese geriet allerdings schnell ins Stocken. Obwohl in der darauffolgenden Runde in Hongkong 2005 Teilergebnisse errungen werden konnten, zeichnete sich ein Stillstand der Verhandlungen ab. Im Dezember 2011 gab die WTO-Ministerkonferenz offiziell bekannt, dass die Verhandlungen zum Erliegen gekommen waren. ^[22]

Der US-amerikanische Dienstleistungsverband Coalition of Services Industries **CSI** und das European Services Forum gründeten daraufhin die Global Services Coalition. Mitglieder dieses Dachverbands sind außerdem Wirtschaftsverbände u.a. aus Mexiko, Australien, Kanada, Japan, China, Taiwan und Brasilien, Neuseeland, Kolumbien und Großbritannien (**theCityUK**).^[23] Die GSC warb darauf für ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen außerhalb der WTO – **TISA**. Sie konnte viele Staaten für dieses Vorhaben gewinnen: Neben den EU-Mitgliedsstaaten und den USA auch Australien, Kanada, Chile, Taiwan, Kolumbien, China, Japan, Korea, Mexiko, Panama, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, die Schweiz, Peru, Costa Rica, Israel und die Türkei. Der Staatengruppe, die sich den Namen „**Really Good Friends of Services**“ gab, gehören also vor allem starke Wirtschaftsnationen an.^[24]

Erste Verhandlungen zu **TISA** wurden 2012 aufgenommen, Die **TISA**-Verhandlungen werden außerhalb der WTO geführt, langfristiges Ziel soll es den Really Food Friends of Services zufolge jedoch sein, **TISA** als multilaterales Abkommen in die WTO aufzunehmen. ^[25] 2013 übertrugen die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU ihr Verhandlungsmandat auf die Kommission. 2013 begrüßte das EU-Parlament die Aufnahme der Verhandlungen in einem Entschließungsantrag. ^[26]

Die im ESF zusammengeschlossenen großen, international agierenden Konzerne, wie **Deutsche Post**, **Deutsche Telekom** oder **Siemens**, standen hinter dem damals verhandelten Dienstleistungsabkommen **TISA**. Ihr Interesse besteht darin, möglichst viele Handelsbeschränkungen zu minimieren oder zu beseitigen, mit dem Ziel weitere Märkte erschließen und Wachstum erzielen zu können.^[27] Die Gespräche zu **TISA** liefen ähnlich intransparent wie die Konsultationen zu [TTIP]]. Nach der 21. Verhandlungsrunde in Genf im November 2016 steckten die Verhandlungen jedoch fest. Die Global Services Coalition drückte darüber in einem öffentlichen Statement ihre Enttäuschung aus und forderte die verhandelnden Parteien dazu auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Verhandlungen fortzusetzen. ^[28]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Organisationsstruktur und Personal

- **Vorsitzender (Chairman)**

Noel Clehane wurde am 12. Oktober 2017 in den Vorstand gewählt. Er ist Global Head of Regulatory & Public Affairs bei BDO Global, einem Unternehmensnetzwerk von Wirtschaftsprüfern, die zu den fünf größten Prüfungs- und Beraterorganisationen gehört. Er ist außerdem unter anderem bei **AmCham EU** und dem **Trans-Atlantic Business Council** tätig, in der Vergangenheit war er unter anderem bei der **Kangaroo Group** aktiv. ^[29]

- **European Services Leader Group**

Diese setzt sich aus führenden Repräsentanten (GEOs oder Board members) der EFS-Mitglieder zusammen. Ziel dieser Gruppe ist es nach eigener Aussage, den EU-Handelskommissar, die Handelsminister der EU und andere in der Handelspolitik einflussreiche Gesprächspartner zu treffen, um die Liberalisierung des Investment- und Dienstleistungssektors voranzutreiben. ^[30]

- **Policy Committee**

Dieses besteht aus Vertretern der EFS-Mitglieder und persönlichen Mitarbeitern von Mitgliedern der European Service Leader Group. Vorsitzender des "Policy Committee": **Tilmann Kupfer**. Lobbyist für **British Telecom** in Brüssel, Mitglied des Board der **Kangaroo Group** und ehemaliger "Public Affairs Consultant" bei **Hill+Knowlton**. ESF wirbt damit, dass alle drei Monate Treffen zwischen dem Policy Committee und Offiziellen der EU-Handelspolitik stattfinden. ^[31]

- **Managing Director**

Pascal Kerneis: Mitglied der **TTIP Advisory Group**, siehe oben "Seitenwechsel"

Pascal Kerneis kommt in der Dokumentation „The Brussels Business – Wer steuert die Europäische Union“ (2012) selbst zu Wort. Darin beschreibt er unter anderem auch das Lobbying an sich: LobbyistInnen sind für ihn NetworkerInnen, VermittlerInnen und BotschafterInnen. Er selbst pflege Kontakt zu circa 100 Personen, die seiner Einschätzung nach wirklich einflussreich sind. Zu Lobbyismus in Europa sagt er: „Jeder geht davon aus, dass Gesetze in den Institutionen beschlossen werden, also in der Kommission, dem Ministerrat und dem europäischen Parlament. Aber dahinter spielt sich noch etwas ganz anderes ab, nämlich wie man die Institutionen beeinflussen kann. Und genau das hat mein Interesse am Lobbying geweckt.“ Die Genese des ESF im Kontext der GATS-Verhandlungen kommentiert er so: „Wir entdeckten, dass es in Washington eine ganze Welt von Lobbyisten gab, die ihren Regierungen diktierten, was sie verhandelt haben wollten. Daraufhin dachten wir: Diesen Weg sollten wir auch einschlagen. Die europäischen Institutionen verlangen danach. Die können sich nicht ausschließlich auf die Institutionen ihrer Mitgliedsstaaten und die Experten der Finanzministerien verlassen. Sie benötigen direkte Informationen von Banken und Versicherungsgesellschaften.“ Ebenso erläutert er seine Lobbystrategie: „Es reicht nicht, einmal Lobbying zu betreiben. Man muss dasselbe immer wieder Reinhämmern. [...] Wir agieren langfristig. Ich würde nie behaupten, dass ich die Welt schon morgen ändern kann.“ ^[32]

Quelle: ^[4], Stand: Oktober 2018

Mitglieder

Die Mitglieder des ESF sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören 19 europäische Großunternehmen und 30 einflussreiche Unternehmensverbände mit Aktivitäten im Dienstleistungsbereich (von Finanzen über IT bis zu Logistik) wie **HSCB**, **IBM** und **Microsoft**. Zu den deutschen Mitglieder gehören der **Bundesverband der Freien Berufe** (BFB), die **Deutsche Bank**, die **Deutsche Post DHL Group**, die **Deutsche Telekom** sowie die **Commerzbank**. Außerdem sponsert das ESF gemeinsam mit **BusinessEurope** die **European Services Platform** (ESP).

Verbindungen

- Das ESF arbeitet eng mit **BusinessEurope**, der einflussreichen Arbeitgeber-Lobby zusammen; nach eigener Angabe sowohl bei alltäglichen Projekten, als auch bei sozialen, fiskalen oder juristischen Angelegenheiten.

- Mitglied in der **Global Services Coalition**, einem internationalen Zusammenschluss von Dienstleistungsunternehmen und -verbänden. Aktuell drängt dieser auf den Abschluss des Dienstleistungsabkommens **TISA** hin und versucht darin Liberalisierungen, die über die Reichweite von **GATS** hinausgehen zu verwirklichen.^[33]
- Regelmäßiger Kontakt zu **Denkfabriken**, wie **ECIPE**, **CEPS**, **EIAS** und **EU-Asia Center**.^[34]

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2017 zwischen 200.000 und 300.000 Euro. Das Forum wird von den Mitgliedern durch jährliche Beiträge finanziert.^[35]

Kurzdarstellung und Geschichte

Es war die Idee der EU-Kommission eine europaweite Interessenvertretung für den Dienstleistungssektor zu schaffen. Den Grund dafür lieferten die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (**WTO**) zum General Agreement on Trade in Services (**GATS**). Bei der konstituierenden Sitzung des European Services Forum im Januar 1999 bekannte der damalige EU-Handelskommissar **Leon Brittan**, dass er künftig auf das Input und die Unterstützung des ESF zähle. Zusätzlich unterstrich er, dass er sich die Prioritäten der Dienstleistungslobby zur Verfolgung einer weiteren Liberalisierung des Handels zu Herzen nehmen würde.^[36] Der damalige Verhandlungsführer der EU-Generaldirektion Handel bemerkte, dass „für die Kommission der Beitrag des ESF absolut entscheidend ist. Die Verhandlungspositionen die wir einnahmen, glichen wir zuvor mit dem ESF ab, sodass wir sicherstellen konnten, dass diese seinen Bedürfnissen entsprach.“^[37]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^[1] European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
2. ↑ **ESF members - Trade Associations**, European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
3. ↑ **The Brussels Business - Who runs the European Union?**: Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
4. ↑ **LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel**. LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 29
5. ↑ **The Brussels Business - Who runs the European Union?**: Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
6. ↑ **The Brussels Business - Who runs the European Union?**: Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
7. ↑ **Transparency Register**, Transparency Register der EU-Kommission, abgerufen am 01.10.2018
8. ↑ **Biografie von Pascal Kerneis**, abgerufen 26.09.2016
9. ↑ **Biografie von Sir Thomas Harris**, abgerufen 26.09.2016
10. ↑ **CV Christoffer Taxell**, European Services Forum, abgerufen am 01.10.2018

11. ↑ [Biografie Lord Vallenge](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
12. ↑ [ESF-Broschüre 2014](#), abgerufen am 26.09.2016
13. ↑ [ESF, Email to Trade Policy Committee Members from Pascal Kerneis, Subject: Fw: European Services industries Call for an ambitious TTIP](#), 18.03.2016, liegt CEO vor
14. ↑ [ESF, Letter to Commissioner Malmström from Sir Thomas Harris, Subject: Call for an ambitious TTIP](#), 16.03.2016, liegt CEO vor
15. ↑ [Commissioner Malmström, Letter to Sir Thomas Harris 20.04.2016](#) abgerufen am 26.09.2016
16. ↑ [ESF et al, Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition: Financial Regulation in the TTIP, Juni 2016](#), abgerufen am 26.09.2016
17. ↑ [Politico Pro: Trans-Atlantic firms up ante on push for TTIP financial cooperation](#), Victoria Guida, 7.06.2016
18. ↑ [ISDS-Reform: In der Substanz ändert sich dadurch gar nichts](#) lobbycontrol.de am 10.12.15, abgerufen am 17.12.18
19. ↑ [Leaked document from 8 October 2015](#), Dokument liegt CEO vor
20. ↑ [TTIP: debunking the business propaganda over investor rights](#), CEO, Juli 2014, abgerufen am 27.09.2016
21. ↑ [CEO, Dataset for info-graphics on TTIP lobbying, for period Jan 2012 to Feb 2014](#), abgerufen am 26.09.2016
22. ↑ [Vorsicht, Tisa!](#) Le Monde diplomatique vom 11.09.14, abgerufen am 14.11.18
23. ↑ [Global Services Coalition](#) Coalition of Services Industries, abgerufen am 14.11.18
24. ↑ [EU and ‚good friends‘ weigh international services pact](#) euractiv.com vom 09.10.12, abgerufen am 14.11.18
25. ↑ <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201310/20131025ATT73459/20131025ATT73459EN.pdf> Plurilateral Agreement on Services] Europäisches Parlament, abgerufen am 15.11.18
26. ↑ [Entschließungsantrag zur Einleitung von Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über Dienstleistungen](#) Europäisches Parlament, abgerufen am 14.11.18
27. ↑ [Geheime Verhandlungen über TISA-Abkommen - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit](#) tagesschau.de vom 19.06.2014, abgerufen am 20.06.2014
28. ↑ [GSC-TISA-Statement December 2019](#) Coalition of Services Industries, abgerufen am 14.11.18
29. ↑ [Biografie Noel Clehane](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
30. ↑ [\[2\]](#) European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
31. ↑ [\[3\]](#) European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
32. ↑ [The Brussels Business – Who runs the European Union?:](#) Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
33. ↑ [Global Services Coalition call on the TISA negotiators to intensify efforts toward a high ambition agreement July 2016](#), abgerufen am 26.09.2016
34. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 26.09.2016
35. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 12.03.2018
36. ↑ [Sir Leon Brittan, Speech at the ESF launching session, 26 January 1999](#), abgerufen am 26.09.2016
37. ↑ [Lietaert, Matthieu \(2009\): New strategy, new partnership. EU Commission and the City of London in trade in services policy, paper prepared for the PSA annual conference, 7-9 April, Manchester, S.15, Übersetzung des Verfassers](#)